



Michael Schrodi
Mitglied des Deutschen Bundestages

Pressemitteilung

Schrodi zum Equal Pay Day: "Bayern muss dringend nachlegen"

Olching, 27.02.2026

Michael Schrodi, MdB

Ilzweg 1
82140 Olching
Telefon: +49 8142 501 0589
michael.schrodi.wk@bundestag.de

Berliner Büro:

Platz der Republik 1
11011 Berlin
Büro: Paul-Löbe-Haus
Raum: 7.332
Telefon: +49 30 227-77541
michael.schrodi@bundestag.de

Parlamentarischer Staatssekretär beim
Bundesminister der Finanzen

Die Gender Pay Gap, also der Lohnunterschied zwischen Männern und Frauen, ist im vergangenen Jahr weiter angestiegen. In Bayern liegt er drei Prozent über dem Bundesdurchschnitt. Das hat strukturelle Gründe, die dringend angepackt werden müssen, sagt Michael Schrodi, der SPD-Bundestagsabgeordnete für Fürstentfeldbruck und Dachau.

Am 27. Februar ist „Equal Pay Day“ – ein symbolischer Stichtag, der die Gender Pay Gap sichtbar machen soll. Er markiert den Zeitpunkt im Kalenderjahr, bis zu dem Frauen rechnerisch unbezahlt arbeiten, weil sie im Durchschnitt weniger Lohn bekommen als Männer in vergleichbaren Positionen.

Bundesweit beträgt die unbereinigte Gender Pay Gap im Jahr 2025 16 Prozent. In Bayern fällt die Lohnlücke mit 19 Prozent (5,28 € Differenz im Bruttolohn pro Stunde) sogar deutlich größer aus. Auf den Freistaat übertragen würde der Equal Pay Day sogar erst rund zwölf Tage später liegen, am 11. März.

„Dass Bayern schlechter abschneidet als der Bund, ist kein Zufall, sondern ein strukturelles Problem“, sagt Michael Schrodi. Frauen gerieten in Bayern besonders schnell in die Teilzeit-Falle – weil versprochene Vollzeitstellen einfach nicht geschaffen werden. „Die CDU/CSU-Debatte über ‚Lifestyle-Freizeit‘ geht daher vollkommen an der Realität vieler Frauen vorbei.“

Ein großes Problem stellt der Mangel an Betreuungsplätzen dar: „Eine neue Studie des Instituts der Deutschen Wirtschaft zeigt, dass in Bayern 42.300 Ganztages-Betreuungsplätze fehlen. Diese zu schaffen ist gleichbedeutend mit der Schaffung von Vollzeit-Jobs für Frauen.“ Ab dem kommenden September haben die Eltern gesetzlichen Anspruch auf die Ganztagesbetreuung, doch Bayern hinkt bundesweit am stärksten hinterher. Legt man eine Zielquote von 75 Prozent ganztags betreuter Grundschulkinder zugrunde, dann fehlen laut der IW-Studie in Bayern sogar 204.000 Stellen. „Dies ist ein



Beispiel dafür, dass Equal Pay kein Frauenthema ist, sondern eine zentrale Frage der sozialen Gerechtigkeit und der wirtschaftlichen Vernunft“, betont Schrodi.

Ein für Schrodi weiterer wichtiger Punkt: „Aus diesem Grund setzen wir uns auch für mehr Tarifbindung ein. Frauen profitieren besonders von der Bezahlung nach Tarif. Tarifverträge und betriebliche Mitbestimmung führen zu einem hohen Einkommensniveau und auch zu mehr Entgeltgleichheit zwischen Frauen und Männern.“ Mit dem geplanten Tariftreuegesetz, das diese Woche im Bundestag diskutiert wurde, würden Weichen in die richtige Richtung gestellt.